



## und ERKLÄRT:

dass der gemäß L.G. vom 01.06.1983, Nr. 13 gewährte Beitrag hinsichtlich der Vorsteuereinbehaltspflicht von 4% gemäß Artikel 28 Absatz 2 des D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600, wie folgt einzustufen ist:

<b>Nicht gewerbliche Organisationen</b>	<input type="checkbox"/> <i>Obwohl der Begünstigte nicht ausschließlich oder vorwiegend eine Handelstätigkeit ausübt, dient der Beitrag zur Verminderung von Betriebslasten oder zur Deckung von Defiziten der Betriebsführung, die auch Einnahmen aus einer gelegentlichen Handelstätigkeit enthält; (vorsteuereinbehaltspflichtig; im Falle von Finanzierungsquoten seitens der E.U., ist diese Quote nicht der Vorsteuer unterworfen)</i> <input type="checkbox"/> Der Beitrag dient ausschließlich zur Deckung von Ausgaben oder Betriebsverlusten, die sich bei der Durchführung von institutionellen Aufgaben ergeben; <sup>2</sup> ( <b>nicht vorsteuereinbehaltspflichtig</b> ) <input type="checkbox"/> der Begünstigte ist eine ins Verzeichnis (laut L.G. Nr. 11/1993 oder L.D. Nr. 460/1997) und/oder in das Register RUNTS eingetragene ehrenamtlich tätige Organisation (ONLUS) oder eine Sozialgenossenschaft; ( <b>nicht vorsteuereinbehaltspflichtig</b> ) <input type="checkbox"/> Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern (materielle oder immaterielle Anlagewerte) ( <b>nicht vorsteuereinbehaltspflichtig</b> ) <input type="checkbox"/> <i>Der Beitrag bezieht sich nur auf Kosten für den Besuch bzw. für die Abwicklung von professionellen Weiterbildungsveranstaltungen; (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)</i> <input type="checkbox"/> Der Beitrag ist von der genannten Pflicht des Vorsteuerabzuges aufgrund einer anderslautenden Gesetzesbestimmung <input style="width: 100px; height: 15px;" type="text"/> befreit; <sup>3</sup> ( <b>nicht vorsteuereinbehaltspflichtig</b> )
<b>Unternehmen und gewerbliche Organisation</b>	<input type="checkbox"/> <i>Der Beitrag dient zur Verminderung von Betriebslasten oder zur vollen Deckung von Betriebsverlusten einer Handels- oder Unternehmensstätigkeit;</i> <sup>4</sup> ( <b>vorsteuereinbehaltspflichtig</b> ) <input type="checkbox"/> Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist; ( <b>vorsteuereinbehaltspflichtig</b> Bez. Art. 6 Abs. 3 und Art. 55, Abs. 2, Buchstabe c des DPR 917/86) <input type="checkbox"/> <i>Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und nicht in den Rahmen des Art. 32 des D.P.R. 917/86 fällt;</i> ( <b>vorsteuereinbehaltspflichtig</b> ) <input type="checkbox"/> Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und in den Rahmen des Art. 32 des D.P.R. 917/86 fällt; ( <b>nicht vorsteuereinbehaltspflichtig</b> ) <input type="checkbox"/> <i>Der Beitrag bezieht sich nur auf Kosten für den Besuch bzw. für die Abwicklung von professionellen Weiterbildungsveranstaltungen; (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)</i> <input type="checkbox"/> Der Beitrag ist von der genannten Pflicht des Vorsteuerabzuges aufgrund einer anderslautenden Gesetzesbestimmung <input style="width: 100px; height: 15px;" type="text"/> befreit; <sup>5</sup> ( <b>nicht vorsteuereinbehaltspflichtig</b> ) <input type="checkbox"/> <i>Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern oder anderer Güter, die nicht Gegenstand der Unternehmensstätigkeit sind;</i> ( <b>nicht vorsteuereinbehaltspflichtig</b> )

Dass er/sie die geltenden Richtlinien für die Beitragsvergabe kennt Beschluss 937 vom 12.11.2019

Dass er/sie eventuelle Änderungen unverzüglich mitteilen wird, eingeschlossen besonders derjenigen, die vom Art. 149 des D.P.R. 22.12.1986 Nr. 917 vorgesehen ist (Aberkennung des Status als nicht gewerbliche Organisation).

Datum

Unterschrift

<sup>2)</sup> Bez. Art. 143, Absatz 1 des D.P.R. 22.12.1986, Nr. 917; Die Einnahmen setzen sich in diesem Fall aus Mitgliedsbeiträgen oder Beiträgen öffentlicher Verwaltungen zusammen. Stammen die Einnahmen aus einer Handelstätigkeit, so werden diese in der Buchhaltung getrennt von den Einnahmen für institutionelle Tätigkeiten geführt, für welche der Zuschuss beantragt wird (Art. 144, Absatz 2 D.P.R. 917/86), <sup>(3)</sup> Bez. Art. 16 D.Lgs. 460/97; <sup>(4)</sup> d.h. eines steuerpflichtigen Subjektes, das eine Tätigkeit ausübt, welche laut dem Begriff vom Art. 55 des D.P.R. 917/86 ein Unternehmenseinkommen erzeugt; <sup>(5)</sup> Art, Datum und Nummer der Gesetzesbestimmung eintragen.

## ZUSÄTZLICHE ERKLÄRUNGEN:

### 1. Für die in diesem Ansuchen angeführten Ausgaben wird

bei keinem anderen Landesamt um Förderungen angesucht

bei nachstehend genannten Ämtern angesucht:

### 2. Die Mehrwertsteuer ist:

zur Gänze absetzbar (Art. 19 Absatz 1 und Art. 19ter des D.P.R. Nr. 633/72)

teilweise und zwar im Ausmaß von  % absetzbar (Art. 19 Absatz 3 des D.P.R. Nr. 633/72)

nicht absetzbar

(von der Mehrwertsteuer ausgenommene Tätigkeiten, Art. 4 und Art. 5 des D.P.R. Nr. 633/72)

(von der Mehrwertsteuer befreite Tätigkeiten, Art. 10 des D.P.R. Nr. 633/72)

(Pauschale Buchhaltung, Gesetz Nr. 66/92)

### 3. Die Organisation

Hat den aktuellen Gründungsakt und das Statut in der Abteilung 14.2 aufliegen

legt den Gründungsakt und das Statut bzw. ein geändertes Statut vor

wurde in das staatliche Einheitsregister des

Dritten Sektors RUNTS eingetragen als

EO     ODV     VFG     KDS

### 4. Die Organisation

ist im Besitz der erforderlichen Voraussetzungen für die Verbesserung von Einrichtungen für die Jugendarbeit gemäß L.G. Nr. 13 vom 01.06.1983, Art. 6 in geltender Fassung

hält die Antimafia-Bestimmungen gemäß L.G. D. 159/2011, in geltender Fassung ein

hält die Bestimmungen zur Arbeitssicherheit gemäß L.G.D. Nr. 81/2008 ein.

### 5. Als Gesuchsteller\*in erkläre ich eigenverantwortlich:

Dass ich jede Änderung der vorliegenden Erklärungen sowie der vorgesehenen Programmierung und Durchführung mitteile

Dass ich in den mir zur Verfügung stehenden digitalen Medien alle mir gewährten Beiträge veröffentliche, sollte deren Gesamtsumme Euro 10.000,00 überschreiten.

Dass ich alle Rechnungen zum Beitrag in Höhe der anerkannten Kosten mit CUP versehe und samt Zahlungsbeleg und XML- Datei aufbewahre und in der Buchhaltung abgrenze.

--	--

Ort

Datum

Unterschrift

**Gegenstand des Ansuchens:**

Gegenstand Projekt Beschreibung und Begründung

Schwerpunkt der Tätigkeit (Tätigkeit)

Ort, Termin, Dauer, ReferentInnen, Inhalt, Konzept, Zielsetzung und Zielgruppe (Projekt)

Beschreibung, Begründung, Konzept, Kooperationspartner (Investitionen)

## Kosten und Erlöse für das Projekt

--

Referenten x Zeit	
Referenten Verpflegung Unterkunft Fahrt	
Andere Kosten welche	
Summe Kosten im Jahr (Jahr einfügen):	
Summe Kosten im Jahr (Jahr einfügen):	
Erlöse <input type="checkbox"/> Eigenmittel <input type="checkbox"/> Geldgeber <input type="checkbox"/> private Unterstützer <input type="checkbox"/> Spenden	
Fehlbetrag:	

## Kosten und Erlöse für die Investition

Beschreibung Kosten:

Summe Kosten im Jahr (Jahr einfügen):	
Summe Kosten im Jahr (Jahr einfügen):	
Erlöse <input type="checkbox"/> Eigenmittel <input type="checkbox"/> Geldgeber <input type="checkbox"/> private Unterstützer <input type="checkbox"/> Spenden	
Fehlbetrag:	

## ANLAGEN

- Gründungsakt und Statut (für Organisationen, die zum ersten Mal ansuchen oder eine Statutenänderung vorgenommen haben)
- Dekret des Landeshauptmanns über die Eintragung in das Verzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen (nur wenn noch nicht eingereicht)
- Vor- oder Ausführungsprojekt mit Kostenvoranschlag (**Bauten**)
- anderes

**Sämtliche Anlagen müssen mit dem Datum und der Unterschrift der rechtlichen Vertretung versehen sein.**

### Datenschutzgrundverordnung (EU) 2016/679 - Information gemäß Artikel 13 Kurzfassung

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen.

E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it; PEC: generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it.

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (DPO - Data Protection Officer) sind folgende:

E-Mail: dsb@provinz.bz.it, PEC: rpd\_dsb@pec.prov.bz.it.

Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, zur Erfüllung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder im Zusammenhang mit der Ausübung öffentlicher Gewalt oder zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gemäß der im ausführlichen Informationsschreiben angegebenen Rechtsgrundlagen, verarbeitet. Die Daten werden so lange gespeichert, bis sie zur Erreichung der Zwecke der Datenverarbeitung und zur Erfüllung der geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden. Für weitere Informationen, auch in Bezug auf die Ausübung der im Sinne von Artikeln 15-22 der DSGVO Ihnen zustehenden Rechte, lesen Sie bitte die **ausführliche Datenschutzerklärung**, welche durch den nachstehenden **Hyperlink** zugänglich ist <http://www.provinz.bz.it/de/privacy.asp>.

- Der/die Unterfertigte hat Einsicht in die Information über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten genommen.

**- Der/die AntragstellerIn ist sich bewusst, dass unwahre Erklärungen gemäß Art. 76 des D.P.R. vom 28.12.2000 N. 445 bestraft werden und dass nicht rechtmäßig bezogene Beiträge laut Verwaltungsgesetz Nr. 17/1993 widerrufen werden und ein eventuell ausbezahlter Vorschuss rückerstattet werden muss.**

**Im Sinne des L G Nr. 17/1993 (Art. 2, Abs. 3) führt die zuständige Landesverwaltung stichprobenartige Kontrollen im Ausmaß von mindestens 6% durch.**

### **-Erklärung in Bezug auf die Anwendung der Stempelsteuer**

**Der/die GesuchstellerIn erklärt, dass die Verpflichtungen in Bezug auf die Anwendung der Stempelsteuer im Sinne des M.D vom 17.06.2014 eingehalten wurde und dass:**

- Die Stempelmarke auf das Gesuch geklebt ist.**
- Die virtuelle Stempelmarke ausschließlich für das gegenständliche Verwaltungsverfahren verwendet und mit dem Originaldokument für 3 Jahre aufbewahrt wird. Das Datum der Stempelmarke muss zeitlich der digitalen Unterzeichnung des Dokumentes vorausgehen.**
- Die Befreiung von der Stempelsteuer aufgrund folgender Bestimmung gegeben ist.**

### **D.P.R. vom 26. Oktober 1972, Nr. 642, Tabelle "B"**

**Punkt 16 (öffentliche Ämter),  Punkt 27 bis (Onlus)**

**. Legislativdekret Nr.117/2017 Art. 4, Abs.1 und 5 Art. 82 oder gesetzesvertr. Dekret Nr. 460/1997**

(Ort)  (Datum)  **Unterschrift**

**Dieses Ansuchen wurde  per Post, per E-Mail, per PEC oder durch eine verantwortliche Person mit der Kopie des folgenden gültigen Ausweises vorgelegt oder versandt:  Identitätskarte  Reisepass  Führerschein  andere (das Dokument muss mit Foto und Stempel oder gleichwertigem Kennzeichen versehen und von der öffentlichen Behörde ausgestellt worden sein)**